

Friedensmosaikstein XI: Gewaltfreies Handeln in einem Machtfeld

Brigitte L. Ehrich

Ende dieses Jahres werden die letzten drei Atomkraftwerke auf deutschem Boden stillgelegt. Wie kam es zu diesem Erfolg für die Anti-Atomkraft-Bewegung? Haben besorgte Bürgerinnen und Bürger mit Regierungsstellen und Betreiber-Unternehmen Dialoge geführt? Haben sich diese Gesprächspartner rasch einsichtig gezeigt? Gab es Konfliktmediationen, die einen konsensualen Atomausstieg zum Ergebnis hatten? Wir wissen, dass der Konfliktaustrag um die Atomkraft ein anderer war. Ja, es gab Dialoge, aber erst zu einem Zeitpunkt, als ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen den Bau und Weiterbetrieb von Atomkraftwerken vielfältig aktiv geworden war: Es hatte Demonstrationen, Platzbesetzungen, Mahnwachen, Unterschriftenaktionen u.v.a. mehr gegeben. Die Partei *Die Grünen* hatte sich formiert, und wir mussten die Katastrophen u. a. von Tschernobyl und Fukushima erleiden.

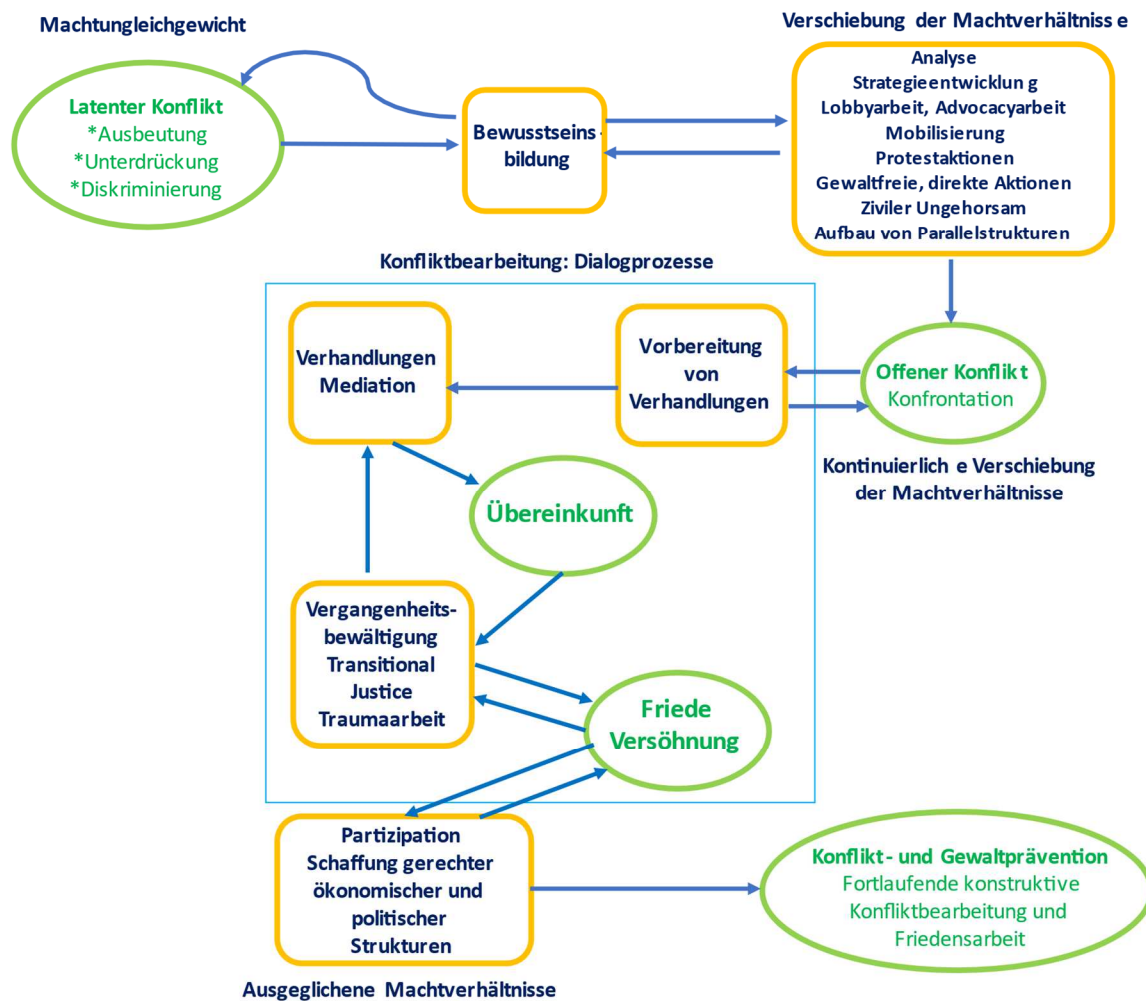
Die in den vorherigen Friedensmosaiksteinen besprochenen Dialogprozesse können - vor allem im politischen Raum - meist nicht unmittelbar initiiert werden. Alles soziale Handeln geschieht in einem

Um einen Konflikt bearbeiten zu können, ist in manchen Fällen eine kontrollierte Konflikteskalation notwendig.

Machtfeld. Warum sollten Mächtige wie Konzerne und Regierungen mit deutlich Machtschwächeren verhandeln? Sie werden dazu so lange nicht bereit sein, bis sich für sie ernsthafte Konsequenzen aus der Dialogunwilligkeit ergeben könnten. Bevor nicht alle Konflikt-Beteiligten mit einem gewissen Maß an Macht ausgestattet sind, werden sich die Machtstärkeren nicht auf ernsthafte Verhandlungen einlassen. Um Dialogbereitschaft zu erreichen, müssen die Machtschwächeren sich ermächtigen oder ggf. empowert werden.

Dazu kann eine kontrollierte Konflikteskalation notwendig werden, um einen Konflikt überhaupt bearbeitbar zu machen. Diana Francis hat ein Pfad-Modell¹ entwickelt, dem öffentliche Konflikte zwischen sozialen Bewegungen und machtsarken Akteuren meist folgen:

¹ Abgebildetes Pfad-Diagramm in Anlehnung an Francis, D. (2002). *People, Peace and Power: Conflict Transformation in Action*. London, S. 49 ff



Soziale Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung werden immer erlitten, haben immer reale leidvolle Auswirkungen für die Betroffenen. Um jedoch Unrechtssituationen überwinden zu können, bedarf es des Bewusstseins darüber, dass Unrecht besteht, welche Akteure, Strukturen und Prozesse Leid verursachen. Es sind Bewusstseinsbildungsprozesse nötig sowohl bei den direkt von Leid Betroffenen als auch in der allgemeinen Öffentlichkeit. Die Anti-Atomkraft-Bewegung musste zunächst ein öffentliches Bewusstsein über die Risiken der Atomenergie schaffen und dazu Informations- und Aufklärungskampagnen initiieren, Medien- und Überzeugungsarbeit leisten. Erst wenn ein ausreichendes Problembewusstsein in der Öffentlichkeit vorhanden ist, können AktivistInnen in die Mobilisierungsphase eintreten und Proteste und Aktionen organisieren, um so den bislang latenten Konflikt in einen offenen Konflikt zu überführen. Proteste und Demonstrationen alleine sind jedoch meist nicht ausreichend, um leidvolle Zustände tatsächlich zu verändern. Hierzu bedarf es einer Verschiebung der Machtverhältnisse. Parteien und Regierende müssen den Verlust von Wählerstimmen und Unternehmen Imageschäden sowie Gewinneinbußen fürchten. Enthüllungsjournalismus, Streiks, direkte gewaltfreie Aktionen bis hin zu zivilem Ungehorsam, Boykottkampagnen und - im Extremfall - Generalstreik ermöglichen eine Verschiebung der Machtverhältnisse. Erst dann ist es möglich und sinnvoll, in Dialogprozesse einzutreten und neue Problemlösungen und Strukturen zu verhandeln.

Gewaltfreies Handeln ist dadurch gekennzeichnet, dass es nicht nur *gegen* bestimmte Verhältnisse protestiert, sondern gleichzeitig Alternativen aufzeigt. Von Beginn an experimentierten Gegner der Atomkraft mit alternativer Energiegewinnung. Zunächst waren es alternative „Freaks“, die kleine Modellprojekte schufen („funktionale Demonstration“), dann maßen sich normale Bürgersleute an, ins Energiegeschäft einzusteigen und auf dem Markt atomfreien Strom anzubieten, wie es die „Schönauer Stromrebell“ taten („legale Rolleninnovation“). Hierzu bedurfte es gesetzliche wie technische Strukturen zur Stromeinspeisung ins öffentliche Versorgungsnetz, die die grüne Regierungsbeteiligung ermöglichte. Mit der Schaffung von Handlungsalternativen muss die Erringung politischer Macht Hand in Hand gehen (Phase der „zivilen Usurpation“²). Schließlich kam es – auch befeuert von katastrophalen Atomunfällen - zu groß angelegten Verhandlungsprozessen, die den Atomausstieg und schließlich den völligen Umstieg auf erneuerbare Energien zum Ergebnis hatten.

Theodor Ebert fasst die kontrollierte Eskalation gewaltfreier Aktionen in einem Schema³ zusammen:

Eskalationsstufe	Subversive Aktion	Konstruktive Aktion
1	Protest	Funktionale Demonstration
2	Legale Nichtzusammenarbeit	Legale Rolleninnovation
3	Ziviler Ungehorsam	Zivile Usurpation

Gewaltfreie Konflikttransformation ist ein unabschließbarer Prozess. Die AktivistInnen der Anti-Atomkraft-Bewegung können sich nach ihren Erfolgen im deutschsprachigen Raum nicht zurücklehnen. Gerade ist die Europäische Kommission dabei, Atom und Gas als zukunftsfähig und investitionswürdig einzustufen. Politische EU-Strukturen und wirtschaftliche Machtverhältnisse sind zu demokratisieren, damit sie mehr den Interessen der Bürgerinnen und Bürger dienen als den Partialinteressen von machtvollen Wirtschaftsakteuren und Militär.

In funktionierenden Demokratien ist der Konfliktaustrag eingeehgt und institutionalisiert. Nach einem stark gewaltsamem Konfliktaustrag - z. B. in Unrechtsregimen oder Bürgerkriegen - ist zwingender Bestandteil der Konfliktbearbeitungs- und Dialogphase die Vergangenheitsbewältigung mit institutionalisierter Transitional Justice (Wahrheits- und Versöhnungskommissionen, Strafgerichtsbarkeit bei Folter, Kriegsverbrechen, Massenmord) und der Heilung physischer wie psychischer Wunden (Wiederaufbau und materielle Wiedergutmachung, angepasste medizinische und psychotherapeutische Versorgung, Traumatherapien, Überwindung von Feindbildern etc.). Hier ist es besonders wichtig, nach der Konfliktbearbeitungs- und Dialogphase politische und ökonomische Strukturen aufzubauen, die erneuter Gewalt vorbeugen, Konfliktursachen minimieren und soziale Gerechtigkeit unterstützen.

² Mit *ziviler Usurpation* ist der Aufbau von Parallelstrukturen gemeint: Das ist der Fall, wenn zivilgesellschaftliche Akteure parallel zu staatlichen eigenen Institutionen aufbauen wie z. B. zivilgesellschaftliche Steuersysteme, Sicherheitskräfte, Schulen, Gesundheitseinrichtungen etc. Insofern kann man in unserem Anti-Atom-Bewegungs-Beispiel nicht wirklich von ziviler Usurpation sprechen, da die Grünen systemkonform durch Wahlen in die Regierungsverantwortung kamen.

³ Ebert, Th. (1981). Gewaltfreier Aufstand: Alternative zum Bürgerkrieg. Waldkirch: Waldkircher Verlagsgesellschaft. Zit. nach Bläsi, B. (2004). Gewaltfreier Widerstand. In: Sommer, G. & Fuchs, A. (Hrsg.). Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie. Weinheim: BeltzPVU, S. 416

Psychologische Forschung⁴ hat ergeben, dass die Quintessenz „erfolgreichen“ gewaltfreien Handelns in der Gleichwertigkeit und Gleichzeitigkeit der Handlungsmuster „Paroli bieten“ und „Vertrauensaufbau“ besteht:

- Paroli bieten umfasst die Bestimmtheit und die Beharrlichkeit der Widerstandshandlungen.
- Gleichzeitig suchen gewaltfreie Akteure Vertrauen aufzubauen und die Beziehung der Konfliktparteien zu verbessern durch Empathie, Offenheit, Aufzeigen von Gemeinsamkeiten, Ermunterung zum Perspektivwechsel u. ä..

Genau diesem Pfad folgt sowohl die Kampagne *Sicherheit neu denken* wie auch die *Friedensregion Bodensee* bei ihrem Bemühen um Abrüstung, Rüstungskonversion, Friedensbildung, der Förderung einer Kultur des Friedens und des Aufbaus von Institutionen ziviler Konflikttransformation.

⁴ Vgl. Bläsi, B. (2001). Konflikttransformation durch Gütekraft: Interpersonale Veränderungsprozesse. Münster: Lit.